



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
9. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018
am Dienstag, 09.09.2014

Ort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,
23560 Lübeck,
Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 19:38 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Andreas Sankewitz- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Ingo Schaffenberg- SPD	außer TOP 7.5-7.7, 14.1
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN	
Antje Jansen- DIE LINKE	
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- Bü90/DIEGRÜNEN	
Heidmarie Menorca- CDU	
Peter Petereit- SPD	
Henning Stabe- CDU	bis einschließlich TOP 7.4
Thomas Thalau- CDU	

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Yavuz Berrakkarasu- Die PARTEI-PIRATEN	Vertretung für: Herrn Trakowski, Sascha
Nil Gersdorf- CDU	
Natalie Regier- BfL	
Uwe Sanders- FDP	ab 16.15 Uhr (TOP 3)
Ulrike Siebdrat- SPD	
Jean Paul Köpsell- SPD	Vertretung für: Frau Roepke, Antje
Volker Nehrhoff- CDU	ab TOP 7.5 (Vertretung für: Herrn Stabe, Henning)
Gesche Peters- SPD	TOP 7.5-7.7, 14.1 (Vertretung für: Herrn Schaffenberg, Ingo)

Verwaltung

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales
Wolf-Dieter Barteck- Beteiligungscontrolling
Dr. Gerhard Bender- FB 1 - Logistik, Statistik, Wahlen
Aenne Beuck-
Monika Borso-
Dr. Michael Hamschmidt-
Ulrike Harnack-
Renate Heidig- FB 4 - Jugendhilfeplanung
Angelika Kramm- FB 4 - Fachbereichscontrolling
Anne-Katrin Lorenzen- Stadtplanung
Nicole Maas- 4.401 Schule und Sport
Christa Nötzel-
Sigrid Roggensack-
Petra Schmittner-
Matthias Schröder-
Claudia Schwartz-
Achim Selk- - Stadtplanung
Katrin Soomann- FBC FB 2
Christian Stolte- Stadtplanung

Protokollführung

Britta Bormann-

Gäste

Erika Bade- Behindertenbeauftragte	nur öffentl. Teil
Karina Glisovic- Personalrat SIE	
Sabine Güth- Personalrat SIE	
Beate Herrmann- Personalrat SIE	
Peter Jugert- Seniorenbeirat	
Volker Krause- BfL	
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur öffentl. Teil
Sylvia Topel- Personalrat SIE	

Entschuldigte Mitglieder

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Antje Roepke- SPD	fehlt entschuldigt
Sascha Trakowski- Die PARTEI-PIRATEN	fehlt entschuldigt

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

1. **Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören**
2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**
3. **Feststellung der Tagesordnung**
4. **Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.07.2014**
5. **Mitteilung des Vorsitzenden**
6. **Berichte**
 - 6.1. Umsetzung Maßnahmenplan SeniorInnenEinrichtungen (SIE)
-ständiger mündlicher Sachstandsbericht-
 - 6.2. Soziale Stadt Moisling
-mündlicher Bericht Herr Selk (Fachbereich 5)-
 - 6.3. Armut- und Sozialbericht 2012
Vorlage: VO/2014/01649
 - 6.4. Optimierung Raummanagement "Am Behnckenhof"
-mündlicher Bericht Herr Senator Schindler-
7. **Beschlussvorlagen**
 - 7.1. Lübecker Mietspiegel 2014
Vorlage: VO/2014/01739
 - 7.2. Entschuldungsfonds der Possehl-Stiftung
Vorlage: VO/2014/01786
 - 7.3. Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013
Vorlage: VO/2014/01795
 - 7.4. Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030"
Vorlage: VO/2014/01797

- 7.5. Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 95d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO-SH) für das Haushaltsjahr 2014 im Produkt 315201 - SeniorInneneinrichtungen
Vorlage: VO/2014/01854
- 7.6. Wirtschaftsplan 2014 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen - Nachtrag
Vorlage: VO/2014/01861
- 7.7. Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2013
Vorlage: VO/2014/01863
- 7.8. Vereinheitlichung der Tarif- und Ermäßigungsstrukturen
Vorlage: VO/2014/01860
- 8. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**
- 9. Mitteilungen aus dem Fachbereich 2**
- 9.1. Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 09.09.2014
Vorlage: VO/2014/01888
- 9.2. Ausstellung "Yes, we`re open!"
- 9.3. Asylbewerberzahlen - aktuell und Ausblick -
- 9.4. Internetpräsentation Jobcenter Lübeck
- 9.5. Jobcenter Lübeck - Standort Kücknitz
- 10. Anfragen**
- 10.1. Anfrage von AM Nil Gersdorf: Umsetzung des Beschlusses zu TOP 6.1 (VO 2014/01519) vom 01.04.2014
Vorlage: VO/2014/01887
- 11. Anträge von Ausschussmitgliedern**
- 11.1. Antrag von AM Rolf Klinkel und AM Michelle Akyurt - Denkmal für behinderte und homosexuelle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
Vorlage: VO/2014/01871
- 12. Verschiedenes**
- 15. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 9. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 – 2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Frau Bade als Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Herrn Jugert vom Seniorenbeirat, Herrn Dordowsky als Vertreter der Presse, Herrn Krause als Mitglied der Bürgerschaft, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die Öffentlichkeit.

Frau Roepke fehlt entschuldigt und wird durch Herrn Köpsell vertreten.
Herr Berrakkarasu ist in Vertretung für Herrn Trakowski anwesend.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende weist zunächst auf folgendes hin:

In der letzten Sitzung am 08.07.2014 hatte Herr Thalau zu Beginn des TOP 14.1 (Bericht der SIE/nicht öffentlich) zu bedenken gegeben, in der Sitzung des Bauausschusses am Vortag habe ein anwesender Mitarbeiter des Bereiches Recht erklärt, dass eine Teilnahme des Seniorenbeirats am nichtöffentlichen Teil der Sitzung dort nicht möglich sei. Herr Thalau bat um Prüfung, ob dies auch für den Ausschuss für Soziales gilt.

Zwischenzeitlich erfolgte eine Klärung mit dem Bereich Recht, Herrn Rojahn.

Dieser erklärt dazu folgendes:

„Für alle Ausschüsse - den Sozialausschuss ebenso wie für den Bauausschuss - gilt, dass eine *grundsätzliche* Teilnahme des Seniorenbeirats an allen Tagesordnungspunkten des nichtöffentlichen Teils unzulässig wäre. Der Vorsitzende oder ein von ihm beauftragtes Mitglied des Seniorenbeirats darf nur an solchen Tagesordnungspunkten teilnehmen, bei denen die Belange von Senioren in spezieller Weise betroffen sind.

Dass im konkreten Fall ein Bericht über SeniorInneneneinrichtungen spezielle Belange von SeniorInnen betrifft, liegt auf der Hand, so dass die Teilnahme eines Vertreters des Seniorenbeirates an diesem Tagesordnungspunkt selbstverständlich möglich ist.“

Zur Tagesordnung:

Der in der versandten Nachtragstagesordnung unter TOP 6.5 vorgesehene Bericht zum Thema „Vereinheitlichung der Tarif- und Ermäßigungsstrukturen“ ist zwischenzeitlich zu einer Beschlussvorlage überarbeitet worden.

Die entsprechende Vorlage wurde zusammen mit einer neuen Nachtragstagesordnung vor Sitzungsbeginn umverteilt.

Es ist vorgesehen, die Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um diese Vorlage zu erweitern.

Frau Kramm begründet die Dringlichkeit.

Hierzu sprechen außerdem Frau Jansen, Frau Akyurt, Frau Menorca, Herr Petereit sowie Herr Senator Schindler.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Dringlichkeit abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen die Dringlichkeit der Vorlage. Die Tagesordnung wird damit im Wege der Dringlichkeit erweitert; die Vorlage wird dem TOP 7.8 zugeordnet.

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ werden heute weiterhin zu folgenden Themen Mitteilungen gegeben:

9.2 Ausstellung „Yes, we`re open!“

9.3 Asylbewerberzahlen – aktuell und Ausblick –

9.4 Internetpräsentation Jobcenter

9.5 Jobcenter – Standort Kücknitz

Die Verwaltung beabsichtigt, die dem TOP 10.1 zugeordnete Anfrage von Frau Gersdorf „Umsetzung des Beschlusses zu TOP 6.1 vom 01.04.2014“ im nichtöffentlichen Teil der Sitzung unter TOP 14.1 zu beantworten.

Herr Senator Schindler begründet den Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme, dem Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit stattzugeben.

Die Anfrage von Frau Gersdorf (TOP 10.1) wird im nichtöffentlichen Teil der Sitzung unter TOP 14.1 beantwortet.

Herr Jugert beantragt die Teilnahme an der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Im Hinblick auf die Ausführungen des Vorsitzenden zu Beginn der Sitzung wird das Einverständnis der Ausschussmitglieder diesbezüglich vorausgesetzt.

Vor Sitzungsbeginn haben Herr Klinkel und Frau Akyurt ihren unter TOP 11.1 gestellten Antrag „Denkmal für behinderte und homosexuelle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ per e-mail zurückgezogen.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

TOP 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.07.2014

Zur Niederschrift Nr. 8 über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 08.07.2014 gab es im Vorwege keine Anmerkungen, weder schriftlich noch mündlich.

Auch auf Nachfrage des Vorsitzenden werden seitens der Mitglieder des Ausschusses keine Einwände vorgetragen.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

TOP 5 Mitteilung des Vorsitzenden

5.1 11. Lübecker Alzheimer Tage

Vor Sitzungsbeginn wurde ein Flyer umverteilt.

5.2 Ausschusstermine

Der Vorsitzende schlägt vor, die für den 07.10.2014 vorgesehene Sitzung des Ausschusses ausfallen zu lassen, da sowohl er selbst als auch Herr Senator Schindler verhindert seien.

Der Ausschuss ist einverstanden.

TOP 6 Berichte

TOP 6.1 Umsetzung Maßnahmenplan SeniorInnenEinrichtungen (SIE) -ständiger mündlicher Sachstandsbericht-

Frau Roggensack führt aus, die SIE Prassekstraße habe bei der MDK-Prüfung mit der Note 1,1 abgeschnitten.

Bezüglich der Betreuten Wohnungen teilt Frau Roggensack mit, dass die öffentliche Förderung für die Betreuten Wohnungen an den sechs Standorten überwiegend abgelaufen sei mit Ausnahme der Dornbreite 5c und Solmitzstraße 45a. Somit können die Wohnungen ohne Wohnberechtigungsschein vergeben werden. Die Mietbindung gelte allerdings noch bis zum 31.12.2018.

Eine Frage von Frau Menorca wird von Frau Roggensack und Herrn Senator Schindler beantwortet.

Herr Senator Schindler berichtet anschließend über den Stand der Bearbeitung bezüglich des Bürgerschaftsauftrags aus der Sitzung vom 26.06.2014 (Zukunftssicherung der SIE). Eine kompetente Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und eine operative Steuerungsunterstützung stünden kurz vor der Beauftragung. Die Restarbeiten für den laufenden Maßnahmenplan habe er daher gestoppt.

Frau Jansen fragt nach den anfallenden Kosten für ein solches Unternehmen.

Herr Barteck bittet um Verständnis, dass er diese Frage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beantworten wird. Hier könne lediglich mitgeteilt werden, dass keine Pauschalabgeltung der Leistungen, sondern eine Abrechnung nach Stunden vereinbart werden wird.

Auf Anfrage von Frau Menorca antwortet Herr Barteck, ein Pauschalbetrag müsse gezahlt werden, auch wenn bestimmte Leistungen nicht abgerufen werden; bei einer Abrechnung nach Stunden könne bestimmt werden, wieviel Aufwand der Berater im einzelnen betreiben soll.

Auf die Frage von Herrn Krause, wann mit Ergebnissen zu rechnen sei, erwidert Herr Barteck, die Bürgerschaft habe insoweit einen Zeitplan vorgegeben; im November solle dort ein Zwischenbericht erfolgen.

Fragen von Herrn Stabe, Frau Jansen, Frau Menorca und Herrn Krause beantwortet Herr Senator Schindler. Außerdem spricht Frau Akyurt.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, der Erhalt der SeniorInnenEinrichtungen sei im Sinne aller Mitglieder des Ausschusses; er dankt den MitarbeiterInnen der SIE für ihre hervorragende Arbeit und die gute Betreuung der HeimbewohnerInnen.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 6.2 Soziale Stadt Moisling -mündlicher Bericht Herr Selk (Fachbereich 5)-

Herr Selk nimmt Bezug auf den Beschluss des Sozialausschusses zur regelmäßigen Berichterstattung über die Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ in Moisling. Einleitend erläutert er den Anlass und Hintergrund zu den vorbereitenden Untersuchungen (VU) und die generellen Verfahrensabläufe in der Städtebauförderung.

Der aktuelle Sachstand stellt sich wie folgt dar:

- Die Durchführung der VU ist abgeschlossen. Es liegt eine verwaltungsintern abgestimmte Fassung eines Berichts vor, welcher die Ergebnisse der VU darstellt und gewissermaßen als „Fahrplan“ die Zielsetzungen für den einzuleitenden Stadtteilentwicklungsprozess definiert.
- Im Ergebnis stellen die VU eine städtebauliche Sanierungsnotwendigkeit von Moisling fest, empfehlen eine weiterführende Programmteilnahme bis 2020 und schlagen konkrete investive und nicht-investive Maßnahmen zur Umsetzung vor.
- Für die weiterführende Programmbeteiligung wurde – auf Basis des VU-Berichts – eine Beschlussvorlage erstellt, die politisch zu beraten ist. Die Vorlage umfasst die Kenntnisnahme des Berichts, die Antragstellung auf Städtebauförderungsmittel für die Programmjahre 2015 bis 2020 und die Festsetzung einer entsprechenden Fördergebietskulisse.
- Aufgrund des integrierten Ansatzes wird die Vorlage in folgenden Gremien beraten bzw. zur Entscheidung vorgelegt: Ausschuss für Soziales, Jugendhilfeausschuss, Bauausschuss, Hauptausschuss und Bürgerschaft. Angestrebt werden die Sitzungen der Gremien im November.
- Am 22.08.2014 hat der Bereich Stadtplanung ein Informationsgespräch mit Stadtteilrundgang für die bau-, sozial- und jugendpolitischen SprecherInnen der Fraktionen durchgeführt. Dort wurden bereits die Ergebnisse der VU präsentiert, die o.g. Beschlussvorlage thematisiert und das weitere Verfahren dargestellt.
- Am 25.08.2014 fand die öffentliche Abschlussveranstaltung zu den VU in Moisling statt. An der Veranstaltung haben etwa 140 Personen teilgenommen. Die Dokumentation zu der Veranstaltung wird auf www.moisling.luebeck.de eingestellt.

Abschließend beantwortet Herr Selk eine Frage von Frau Menorca.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 6.3 Armuts- und Sozialbericht 2012
Vorlage: VO/2014/01649

Der Bericht liegt den Mitgliedern des Ausschusses aus der Sitzung am 08.07.2014 vor.

Frau Schwartz erklärt, bei den Fraktionen sei im Vorwege per e-mail abgefragt worden, ob es spezielle Fragestellungen zum Armuts- und Sozialbericht 2012 gebe. Eine Rückmeldung habe sie lediglich von Frau Akyurt und Herrn Klinkel erhalten. Die Antworten zu dem eingereichten Fragenkatalog liegen in schriftlicher Form vor und werden dem Protokoll als Anlage beigefügt (Anlage 1).

Frau Heidig und Frau Maas kommen der Bitte von Frau Akyurt nach, zum Thema Schul- bzw. Berufsabschlüsse auszuführen.

Frau Menorca beantragt - den Ausführungen im ASB 2012 (Anlage 1 des Berichts) folgend, dass eine derart umfangreiche Berichterstattung erst wieder nach sechs Jahren erfolgt, da Entwicklungen erst über einen längeren Zeitraum sichtbar werden. Nach drei Jahren ist ein kurzer Zwischenbericht vorzulegen, der lediglich die Fortschreibung der Basisdaten aufzeigt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag stattzugeben.

Nach weiterer eingehender Diskussion stellen die Ausschussmitglieder ebenfalls übereinstimmend fest, dass der Bericht „nicht lediglich zur Kenntnis genommen werden soll“. Gemäß Vorschlag des Frauenbüros solle nun in Kürze ein interfraktioneller Antrag mit Vorschlägen für ein lokales Handlungskonzept erarbeitet werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Es findet zeitnah ein Treffen zur gemeinsamen inhaltlichen Beratung und Entwicklung eines Handlungskonzepts statt.

TOP 6.4 Optimierung Raummanagement "Am Behnckenhof"
-mündlicher Bericht Herr Senator Schindler-

Frau Regier hatte in der Sitzung des Ausschusses am 01.04.2014 folgenden Antrag gestellt:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die leer stehenden Räumlichkeiten in der oberen Etage der Senioreneinrichtung „Am Behnckenhof“ für die Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden können. Alternative Raumnutzungskonzepte sind ebenfalls aufzuzeigen.

Herr Senator Schindler führt dazu aus, der Mietvertrag für die SIE Am Behnckenhof lasse nichts anderes zu als eine Nutzung als Pflegeeinrichtung. Der Vermieter habe auf Nachfrage seine Bereitschaft erklärt, über Änderungen nachzudenken. Eine entsprechende Anfrage wurde beim Land gestellt. Im Gespräch sei auch die dortige Unterbringung einer Pflegeschule.

Allerdings gibt Herr Senator Schindler zu bedenken, dass zum einen eine unbefristete Mittelbindung besteht, zum anderen eine Vermietung nur über das Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck - nicht über die SIE - erfolgen könnte.

Über den Fortgang der Angelegenheit wird Herr Senator Schindler zu gegebener Zeit berichten.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 7 **Beschlussvorlagen**

TOP 7.1 **Lübecker Mietspiegel 2014**
****Vorlage: VO/2014/01739****

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der auf der Grundlage des Gutachtens der Firma F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH erstellte Lübecker Mietspiegel 2012 wird 2014 im Indexverfahren nach § 558d Abs. 2 BGB fortgeschrieben und durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck anerkannt. Er gilt damit als qualifizierter Mietspiegel gem. § 558 d BGB.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 7.2 **Entschuldungsfonds der Possehl-Stiftung**
****Vorlage: VO/2014/01786****

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 30.000,-- Euro wird angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 7.3 **Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013**
****Vorlage: VO/2014/01795****

Nach Wortbeiträgen von Frau Menorca, Herrn Klinkel, Frau Bade und Herrn Krause stellt Herr Schaffenberg aufgrund des noch bestehenden Beratungsbedarfs den Antrag auf Vertagung der Angelegenheit.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Angelegenheit zu vertagen.

TOP 7.4 **Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030"**
****Vorlage: VO/2014/01797****

Herr Stolte beantwortet Fragen von Frau Akyurt und Frau Menorca.

Herr Schaffenberg beantragt die Vertagung der Angelegenheit aufgrund des noch bestehenden Beratungsbedarfes.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Angelegenheit zu vertagen.

**TOP 7.5 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 95d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO-SH) für das Haushaltsjahr 2014 im Produkt 315201 - SeniorInneneinrichtungen
Vorlage: VO/2014/01854**

Herr Schaffenberg verlässt den Sitzungsraum.
Frau Peters übernimmt seine Vertretung.

Für Herrn Stabe, der die Sitzung ebenfalls verlässt, ist nun Herr Nehrhoff anwesend.
Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Nehrhoff gemäß § 46 Abs. 6 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Auf Basis des Nachtragswirtschaftsplans 2014 der städtischen SeniorInneneinrichtungen werden im Haushaltsjahr 2014 beim Produktsachkonto 315201.5315000 - SeniorInneneinrichtungen – Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke – 956.300 € zur Deckung des höheren Verlustes im Wirtschaftsjahr 2014 überplanmäßig gemäß § 95 d GO-SH bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus Mehrertrag im Haushaltsjahr 2014 beim Produktsachkonto 611001 4111000 – Steuern, Zuweisungen, Umlagen - Schlüsselzuweisungen in Höhe von 956.300 €.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**TOP 7.6 Wirtschaftsplan 2014 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen - Nachtrag
Vorlage: VO/2014/01861**

Nachfragen von Frau Menorca werden von Herrn Senator Schindler und Herrn Schröder beantwortet.
Es sprechen außerdem Herr Krause und Herr Petereit.

Beschlussvorschlag:

Für den Nachtrags-Wirtschaftsplan 2014 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen werden festgestellt:

Nachtrag WP 2014

1. Es betragen 1.1 **im Erfolgsplan €**
die Erträge 23.063.100
die Aufwendungen 24.896.500
der Jahresgewinn 0
der Jahresverlust **1.833.400**

1.2 im Vermögensplan unverändert

die Einzahlungen auf 220.000

die Auszahlungen auf 220.000

2. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen auf **unverändert 0**

2.1 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf **unverändert 0**

2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf **unverändert 3.200.000**

3. die Stellenübersicht 2013. **unverändert.**

Der Festsetzung des Nachtrags-Wirtschaftsplans 2014 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2014 wird gemäß Anlagen 1-4 im Rahmen der Haushaltssatzung 2014 zugestimmt. Die haushaltmäßige Ordnung über die höhere Verlustzuweisung der HL wird im Rahmen einer überplanmäßigen Bewilligung durch das FBC des FB 2 in das Verfahren gegeben.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**TOP 7.7 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2013
Vorlage: VO/2014/01863**

Frau Menorca stellt Fragen zu diversen Formulierungen des Wirtschaftsprüfers (Anlage 1 der Vorlage), die Herr Schröder und Herr Barteck beantworten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2013 wird mit einer Bilanzsumme von € 2.566.413,55 und einem Jahresfehlbetrag von € 1.694.565,35 festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**TOP 7.8 Vereinheitlichung der Tarif- und Ermäßigungsstrukturen
Vorlage: VO/2014/01860**

Herr Schaffenberg nimmt wieder an der Sitzung teil.

Frau Kramm beantwortet nach einigen einführenden Worten Fragen und Anmerkungen von Frau Menorca, Frau Jansen (zu Seite 5/Absatz 3 der Vorlage) und Herrn Jugert (wegen der Formulierung „Senioren über 65 Jahre“).

Frau Borso nimmt Stellung zu einer weiteren Frage von Frau Menorca bezüglich des Versands der Lübeck-card an die SGB II-LeistungsbezieherInnen. Außerdem spricht Herr Klinkel.

Herr Petereit berichtet aus der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege. Dort sei der Vorlage nicht zugestimmt worden, da noch viele Fragen zu klären seien. Er schlage vor, entsprechend der Vorgehensweise im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege die Vorlage ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen.

Beschlussvorschlag:

1. Zum nächstmöglichen Zeitpunkt werden die sozialpolitischen Ermäßigungsangebote durch Karten und Pässe bei der Hansestadt Lübeck zu einer einheitlichen Lübeck-card zusammengefasst.

2. Die Umsetzung erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren wie in dem beiliegenden Bericht beschrieben.
3. In der ersten Umsetzungsstufe werden der ‚Lübeck-Pass‘, der ‚Senioren- und Freizeitpass‘ und die Familienkarte zu einer einheitlichen Lübeck-card zusammengefasst.
4. Die Lübeck-card gilt für jeweils ein Kalenderjahr zu einem Preis von 10 Euro; für Sozialleistungsbezieherinnen und –bezieher ist sie kostenfrei.
5. In Verbindung mit den jeweiligen Preistarifen der städtischen Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen sind damit Vergünstigungen und Angebote für Lübecker Familien (bis zu 2 Erwachsene mit eigenen minderjährigen Kindern in gemeinsamer Nutzung), Senioren (über 65-jährigen Lübeckerinnen und Lübecker) und Sozialleistungsbezieherinnen und –bezieher vorzusehen.
6. Die Entgeltordnungen und Preistarife der städtischen Einrichtungen sind entsprechend anzupassen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Votum zur Kenntnis.

TOP 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

TOP 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
--

TOP 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 09.09.2014 Vorlage: VO/2014/01888
--

Die Liste liegt den Mitgliedern des Ausschusses vor.

Eine Frage von Frau Gersdorf beantwortet Frau Bormann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.2 Ausstellung "Yes, we`re open!"
--

Herr Senator Schindler weist darauf hin, dass die Ausstellung „Yes, we`re open“ zum Thema Zuwanderung heute eröffnet wurde; er möchte alle Anwesenden dazu ermuntern, die Ausstellung zu besuchen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.3 Asylbewerberzahlen - aktuell und Ausblick -

Herr Senator Schindler führt aus, dass die Zahlen der Menschen im Asylverfahren in Lübeck – wie im gesamten Bundesgebiet – immens angestiegen seien. Während sich die Menschen im Asylverfahren in der Zentralen Aufnahmestelle Neumünster in der Vergangenheit bis zu drei Monate aufgehalten haben, verlassen sie diese nun bereits nach wenigen Tagen. Diese Vorgehensweise führt zu einer höheren Belastung der Stadt und verlängert die Aufenthaltsdauer in den Gemeinschaftsunterkünften auf ca. 9 Monate.

Frau Schwartz berichtet zum Thema anhand einiger Präsentationsfolien. Die entsprechenden Unterlagen sind der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.
Frau Schwartz erklärt, das Thema habe Priorität im Bereich Soziale Sicherung. Um die Versorgung der Menschen im Asylverfahren mit Wohnraum zu gewährleisten, sei man laufend in Gesprächen mit diversen Wohnungsbauunternehmen.
Die Anerkennung einer Gemeinschaftsunterkunft habe zur Folge, dass das Land zu 70 % die Kosten trage, auch der Betreuungskosten. Die Anerkennung sei an bestimmte Voraussetzungen geknüpft; so müsse z.B. die betroffene Einrichtung mindestens 40 Plätze vorhalten. Die Unterkunft in der Dornestraße sei bereits anerkannt; Anträge für drei weitere Unterkünfte seien gestellt worden.

Fragen von Herrn Nehrhoff, Herrn Schaffenberg, Frau Akyurt, Herrn Jugert und Frau Menorca beantworten Frau Schwartz und Herr Senator Schindler.

Frau Menorca regt an, den Begriff „Asylsuchende“ durch die Formulierung „Menschen im Asylverfahren“ zu ersetzen.

Herr Klinkel ist der Auffassung, die genannte Regelung mit der Mindestanzahl an Plätzen als Voraussetzung für eine Anerkennung müsse abgeschafft werden; er werde diesbezüglich an seine Landtagsfraktion herantreten.

Frau Schwartz wird auf Wunsch von Herrn Jugert Informationen zur Altersstruktur nachliefern.

Abschließend teilt Herr Senator Schindler mit, das Land habe der Stabsstelle Integration im Rahmen einer Förderung von Modellprojekten zur Etablierung einer kommunalen Anerkennungs- und Willkommenskultur in Schleswig-Holstein Mittel in Höhe von 20.000,00 € zur Verfügung gestellt.

Diese Mittel sollen für die Entwicklung einer Willkommensmappe verwendet werden, mit der die Hansestadt Lübeck einerseits die Anerkennung und Wertschätzung gesamtgesellschaftlicher Vielfalt zum Ausdruck bringen und andererseits erste wichtige Orientierungshilfen transparent darstellen möchte. Kernstück dieser Mappe soll eine Orientierungs- und Informationsbroschüre für die Zielgruppe Neuzuwanderer mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge zur Erstintegration sein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.4 Internetpräsentation Jobcenter Lübeck

Frau Borso teilt mit, dass das Jobcenter Lübeck seit heute im Internet vertreten ist (www.jobcenter-luebeck.de).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.5 Jobcenter Lübeck - Standort Kücknitz

Nach Mitteilung von Frau Borso wird Mitte Dezember diesen Jahres ein Standortwechsel innerhalb des Stadtteils Kücknitz (Ostpreußenring 186 → Hochofenstraße 27) stattfinden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 10 Anfragen

TOP 10.1 Anfrage von AM Nil Gersdorf: Umsetzung des Beschlusses zu TOP 6.1 (VO 2014/01519) vom 01.04.2014 Vorlage: VO/2014/01887

Wie unter TOP 3 beschlossen, wird die Anfrage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung unter TOP 14.1 beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 11 Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern

TOP 11.1 Antrag von AM Rolf Klinkel und AM Michelle Akyurt - Denkmal für behinderte und homosexuelle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Vorlage: VO/2014/01871

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 12 Verschiedenes

Auf Nachfrage von Frau Jansen zur Nachfolge von Frau Böhme (Stabsstelle Gesundheitsförderung) erklärt Herr Senator Schindler, erste Gespräche dazu würden bereits laufen; die zeitliche „Lücke“ solle nicht zu groß und in geeigneter Weise überbrückt werden. In diesem Zusammenhang erwähnt Herr Senator Schindler, Frau Böhme verfüge über ein fantastisches Netzwerk innerhalb Lübecks. Außerdem sprechen Frau Menorca und Herr Petereit.

Frau Menorca fragt nach den Auswirkungen der geplanten Änderungen zur Finanzierung der Eingliederungshilfeleistungen für die HL.

Frau Schwartz führt hierzu aus, dass sich die Finanzierung der gesamten SGB XII-Leistungen im Land ab 2015 ändert, davon ausgenommen sind die Leistungen der Grundsicherung, da hier der Bund bereits 100% erstattet. Bisher ist die Finanzierungszuständigkeit Land/Kommune von der Art der Leistung (stationär, ambulant etc.) und dem Alter des Leistungsberechtigten abhängig. Ab 2015 wird es eine anteilige Finanzierung des Landes über alle Leistungen des SGB XII (außer Grundsicherung) geben.

Der Gesetzesentwurf hierzu befindet sich noch in der Feinabstimmung.

Herr Petereit bittet zu gegebener Zeit um weitere Information zu dem Thema.

Frau Schwartz sagt diese zu.

Weiterhin bittet Frau Menorca um Mitteilung, wann mit einer Neuauflage des Wegweisers für Menschen mit Behinderung zu rechnen ist. Sie bittet um entsprechende Unterrichtung in der November-Sitzung.

Hierzu sprechen außerdem Frau Bade und Herr Senator Schindler.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am Dienstag, den 04.11.2014, im VZM Mühlentor stattfindet.

Sodann stellt er die Nichtöffentlichkeit her.

TOP 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Anfrage von Frau Gersdorf (TOP 10.1) beantwortet worden ist.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Lübeck, den 6. November 2014

gez.

Andreas Sankewitz
Vorsitzender

gez.

Britta Bormann
Protokollführung